

Institutionen, Innovationen und Individuen im Wandel der historisch-politischen Bildungsarbeit über die NS-Verbrechen

Veranstalter: Alfons Kenkmann, Lehrstuhl Geschichtsdidaktik, Historisches Seminar, Universität Leipzig; Annette Eberle, Universität Augsburg

Datum, Ort: 16.06.2010, Leipzig

Bericht von: Christian Schmidt, Universität Leipzig, Historisches Seminar

Die Fachdidaktik am Historischen Seminar der Universität Leipzig richtete am 16. Juni 2010 im Rahmen des von der Bundesregierung initiierten Forschungsprojektes „Institutionen, Innovationen und Individuen im Wandel der historisch-politischen Bildung über die NS-Verbrechen“ einen Workshop zum Thema „Zwischen geschichtspolitischem Postulat und biographischen Verstehen“ aus, auf dem erste Ergebnisse präsentiert und darauf aufbauende, weiterführende Perspektiven aufgezeigt wurden. Teilnehmer waren Aktive der pädagogischen Bildungsarbeit aus Schulen, Volkshochschulen, Gedenkstätten, Dokumentationszentren, Jüdischen Museen und auch aus „lenkenden Institutionen“, wie den Schulämtern oder den Landeszentralen für politische Bildung. Im Mittelpunkt standen Fragen nach dem Stellenwert der Bildung zum Nationalsozialismus, wie sie sich aktuell darstellt und wie sie sich verändert hat und verändern wird.

Der Workshop begann mit der Vorführung der Film-Biographie „Gerdas Schweigen“. Die filmische Begegnung mit der deutsch-jüdischen Emigrantin Gerda Schrage dokumentiert den Prozess, wie sie das Schweigen über ihre Leidenserfahrung im Gespräch mit dem Journalisten KNUT ELSTERMANN gebrochen hat. Damit war der Film aus dem Jahre 2008 in inhaltlicher und methodologischer Hinsicht ein Vorgriff auf das Thema des Workshops „Zwischen Geschichtspolitik und Lebensgeschichten“. Im Anschluss an die Präsentation des Films erhielten die Workshop-Teilnehmer die Gelegenheit, mit dem Journalisten Elstermann in die Diskussion zu kommen. Der zweite Tag des Workshops begann mit PETER STEINBACHs Impulsreferat „Immer wieder Nie wieder. Der

Nationalsozialismus zwischen Geschichtspolitik und Bildungsauftrag“, in dem er die Konjunkturverläufe, denen die Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterlag, auf die bundesrepublikanische Geschichtspolitik projizierte. Er stellte fest, dass diese Konjunkturen gesellschaftlichen diskursiven Notwendigkeiten folgten. Während in den 1960er-Jahren die justizielle Ahndung und der Konflikt um die Anerkennung des Unrechts an den Opfern dem Bedürfnis nach kollektiver Entlastung gegenüberstand, dominierte später die Auseinandersetzung um die Anerkennung des Widerstands oder ab den 1970er- und 1980er-Jahren die Kontroversen zur Herrschaftsstruktur und die Auseinandersetzung mit Schuld. Steinbach führte aus, dass die Abfolge dieser Narrative und Deutungsmuster Konfliktlinien zwischen Geschichtspolitik und Erfahrungsgeschichte offenbare. Diese seien Produkt der Auseinandersetzung zwischen staatlichen Akteuren, die das Ziel verfolgten, ihre Geschichtsdeutungen durchzusetzen, und den Akteuren bürgerschaftlichen Engagements, die die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit immer wieder einforderten. Weiterhin animierte Peter Steinbach die Akteure dazu, sich auf die Tradition solcher bürgerschaftlicher Engagements zu besinnen und ihre Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus daran auszurichten, denn es gelte sich zu entscheiden, ob man Fakten vermitteln und die Lücken füllen wolle, die der Geschichtsunterricht hinterlassen hat, oder ob es Anliegen sei, Haltungen, Weltverständnis, Empörungsfähigkeit und Empörungsbereitschaft zu beeinflussen.

In den anschließenden Diskussionen wurde deutlich, dass die Erwartungen, die an historisch-politische Bildungsarbeit gestellt werden, immer vielfältiger werden und teils ambivalente Anforderungen darstellten. Neben der Tendenz immer mehr Einzelspekte, und zwar meist bezogen auf bestimmte Regionen und Orte, zu präsentieren, finde eine Verschiebung vom historischen Gegenstand „Nationalsozialismus“ zu dessen Wirkungsgeschichte statt. Im Gegensatz zur fachlichen Ausdifferenzierung, werde die pädagogische Verwertbarkeit zunehmend von der Forderung nach gegenwarts-

bezogenem, politischem und sozialem Lernen okkupiert. Die Fixpunkte dieser Entwicklung seien Menschenrechts- und Demokratieerziehung, doppelte Diktaturerfahrung, Toleranz und die Perspektive eines vereinten Europas. Exemplarisch dafür stehen die Neukonzeptionen an den NS-Gedenkstätten oder die selektive Auswahl von Themenschwerpunkten in den Lehrplänen von Bayern.

Diese Verlagerung liege auch darin begründet, dass die Besucher immer jünger werden. Mit der Annahme, ohne konkrete Lebensweltbezüge sei das Thema nicht mehr vermittelbar, werde die historische Erfahrung des Nationalsozialismus und die seiner Verbrechen jedoch instrumentalisiert. Die Deutungsanforderung, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus müsse einen messbaren Nutzen für die Gesellschaft erbringen, werde von außen an die Bildungsarbeit herangetragen, wirke restriktiv und verenge den Gegenwartsbezug europaweit auf die Menschenrechtserziehung. Wenngleich die Forderung des Lebensweltbezuges Produkt des gedenkpolitischen Diskurses ist, erweise sie sich gerade durch die Richtlinien öffentlicher Förderungen als äußerst durchsetzungsfähig innerhalb der Geschichtskultur. Da sie für die meisten Projektförderungen verlangt würde, sei sie bereits manifestester Teil der Gestaltung öffentlichen Gedenkens. Große Zustimmung fand die Forderung nach Verständigung auf grundlegende Prinzipien innerhalb der Bildungsarbeit, wie etwa, dass es eine Neubestimmung des Beutelsbacher Konsenses und des darin enthaltenen Kontroversitätsgebotes bedürfe.

Die Nachmittagssektion wurde eingeleitet durch ALEXANDER VON PLATOs Impulsreferat „Lebensgeschichte, Erinnerung und deutsch-deutsche Erfahrungen als Herausforderung für die Bildungsarbeit“. Ausgehend von Gesprächen, die er in den 1970er-Jahren mit Zeitzeugen zum Nationalsozialismus aus dem Ruhrgebiet und der DDR durchgeführt hatte, beschrieb von Plato exemplarisch das komplexe Bedingungsfeld zwischen Lebensgeschichten bzw. persönlichen Erfahrungen einerseits und der symbolischen Geschichtspolitik andererseits. Er erörterte die unterschiedlichen geschichtspolitischen Fokussierungen von DDR und BRD im Hinblick auf

die Vermittlung des Nationalsozialismus. Anhand der verschiedenen Gewichtung der Anerkennung der NS-Opfer, des Widerstands und des Umgangs mit dem Holocaust zeigte er auf, dass sich individuelle Erfahrung als auch vergleichbare generationenspezifische kollektive Sichtweisen oftmals im Widerspruch zu offiziellen Deutungsmustern staatlicher Gedenkpolitik befanden. Er plädierte dafür, die Geschichten der doppelten Diktaturerfahrung nicht als getrennte Erzählungen zu präsentieren, sondern konkrete Lebenserfahrungen innerhalb der geschichtskulturellen Erinnerungspolitik zu verorten und die dazwischenliegenden Leerstellen und Widersprüche zu thematisieren. Dass die Erinnerung letztlich immer neu erkämpft werden muss, unterstrich er mit Blick auf den bevorstehenden Generationswechsel im Bereich der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, in dessen Zuge sich die Qualität der Reflexion der Zeitzeugenerfahrungen für die Historiographie und die Bildungsarbeit verändern wird. Nicht allein die Augenzeugen treten ab, so von Plato, sondern mit ihnen auch die Historiker, die Opfer, Widerstand und Befreiungselemente vom Faschismus betont haben. Sichtweisen und Überzeugungen wie, dass man nicht in einem Land leben wollte, in dem die Täter unerkannt weiterleben konnten und das seine Opfer nicht respektiert, die für diese Generation so wesentlich waren, würden nun entfallen.

Im Anschluss an von Platos Vortrag interessierte zunächst das Verhältnis von der biografischen Erfahrungsebene zu den wissenschaftlichen Notwendigkeiten in der pädagogischen Arbeit. Vor allem die Akzeptanz des Nebeneinanders unterschiedlicher Perspektiven beschäftigte die Teilnehmer. Die miteinander konfligierenden Erfahrungsgeschichten gelte es zu gewichten und entsprechend zu kontextualisieren. Es bedürfe dabei nicht allein der Diskussion über den Rahmen, in dem diese präsentiert werden, sondern auch der Reflektion der historischen Bezüge der jeweiligen Perspektiven, also der Geschichtsbilder. In der Arbeit mit Biographien und Zeitzeugenerfahrungen sei es weiterhin wichtig, nicht allein die Brüche, z.B. zwischen den historischen Perioden, zu betonen, sondern eben auch die Kontinuitäten. Gerade die Or-

te mit doppelter Diktaturerfahrung stünden hier vor der schwierigen, für die Bildungsarbeit jedoch sehr reizvollen Aufgabe, Übergangsphasen zwischen den Systemen und Ungleichzeitigkeiten zu beleuchten. Die Sperrigkeit von Erfahrungen kann an dieser Stelle die Masternarrative kritisch hinterfragen und bei den Rezipienten mentale Konflikte auslösen, die zu tieferem Nachdenken anregen. Teil dieser Diskussion war die Frage, ob denn ein Masternarrativ existiere, und wenn ja, worin sein Inhalt bestünde bzw. wie es sich mit Schülerorientierung, dem Kontroversitätsgebot und dem Beutelsbacher Konsens verträgt? Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt „eine“ Botschaft geben könne. Von Plato plädierte dafür, dass die eigentliche Botschaft daraus bestehe, dass Toleranz und Streit in einer demokratischen Erinnerungskultur, die notwendigerweise gespalten sei, präsentierbar bleibt.

Konferenzübersicht:

Knut Elstermann (Journalist, Berlin)

Alexander von Plato (Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen)

Peter Steinbach (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte II Universität Mannheim, Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin)

Tagungsbericht *Institutionen, Innovationen und Individuen im Wandel der historisch-politischen Bildungsarbeit über die NS-Verbrechen*. 16.06.2010, Leipzig, in: H-Soz-u-Kult 07.01.2011.